Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 80 Pf.

Nr. 157 | Dresden, Sonnabend den 10. Juli 1920 | 31. Jahrg.

Die Unterschrift in Spa

Die Vertreter Deutschlands in Spa haben sich nun doch entschließen müssen, die Bedingungen, die die Entente in der Abrüstungsfrage gestellt hat, zu unterschreiben. Die Verhandlungen in Spa haben nicht gerade sonderlich verheißungsvoll angefangen. Es ist die alte Methode des einseitigen Diktats, das hier von der Entente angewandt wurde. Wären sozialdemokratische Vertreter an den Verhandlungen in Spa beteiligt, so hätte es wahrscheinlich in der Rechtspresse an den schärfsten Angriffen gegen die Regierung nicht gefehlt, die würdelos die schmachvollen Bedingungen der Entente annehme. Jetzt zeigt sich aber, daß auch eine Regierung, an der die Deutsche Volkspartei beteiligt ist, nicht anders kann, als die Wünsche des übermächtigen Gegners zu erfüllen. Durch die Schuld unserer früheren Herren ist Deutschland so machtlos geworden, daß es sich immer wieder der Entente fügen muß, wenn diese auf ihrem Willen besteht. Und dabei spielt es gar keine Rolle, ob an der Regierung Sozialisten beteiligt sind oder ob die Regierung sozialistenrein ist. Dem deutschen Volke aber wird durch die Vorgänge in Spa ein Anschauungsunterricht darüber erteilt, wie verlogen die Wahlagitation der Rechtsparteien war, die der Sozialdemokratie die Schuld daran gaben, daß sich Deutschland von seinen Gegnern so schwere Fesseln anlegen lassen mußte.

Im übrigen hat man den Eindruck, daß die Vorbereitungen für Spa sehr ungenügend waren und daß die deutschen Vertreter nicht übermäßig geschickt operiert haben. Es war vorauszusehen, daß gerade in Militärfragen auf eine Nachgiebigkeit der Entente nicht zu rechnen war. Deshalb wäre es zweckmäßig gewesen, wenn man von vornherein mit Vorschlägen gekommen wäre, die gezeigt hätten, daß man bereit ist, den Wünschen der Entente, die sich ja auf die Friedensbedingungen von Versailles stützen können, möglichst entgegenzukommen. Es ist nur zu begreiflich, daß die Entente der Behauptung nicht Glauben schenkte, in Deutschland könnte die Ordnung mit einem Heer von 100 000 Mann nicht aufrecht erhalten werden. Sind doch auch in Deutschland die Anschauungen darüber geteilt, ob denn wirklich ein Heer von mehr als 100 000 Mann durchaus notwendig ist. Der Generalleutnant Löffler vertrat vor einiger Zeit die Anschauung, daß Deutschland sogar mit einer geringeren Truppenmacht auskommen könne. Wir brauchen wohl auch für die Zukunft kaum damit zu rechnen, daß gleichzeitig in verschiedenen Teilen Deutschlands Unruhen ausbrechen, zu deren Unterdrückung eine große Truppenmacht notwendig ist. Wenn es sich aber nur um einen lokalen Unruheherd handelt, dürften in der Regel 20 bis 30 000 Mann reichlich genügen, um Ordnung zu schaffen.

Außerdem dürfte mit der Zeit trotz der Tätigkeit der K. A. P. D. die Gefahr innerer Unruhen immer geringer werden. Die Revolten, die wir seit der Revolution erlebt haben, sind doch wohl nicht zum wenigsten auf die Verrohung eines großen Teils unseres Volkes durch den Krieg zurückzuführen. Wenn wirklich nur überzeugte Bolschewisten sich an den Straßenkämpfen der vergangenen Monate beteiligt hätten, so hätten diese Aufstände kaum eine nennenswerte Gefahr werden können. Eine verhältnismäßig große Ausdehnung haben diese Unruhen nur deshalb erreicht, weil allerhand Gesindel die Gelegenheit benutzte, um seine Rauflust zu betätigen. Im Kriege haben die Menschen die Furcht vor dem Tode vielfach verloren, und während früher ein paar Schutzmannsäbel genügten, um eine Masse von Tausenden in die Flucht zu schlagen, konnten wir jetzt oft beobachten, daß sich Menschen unerschrocken vor die Mündungen der Maschinengewehre stellten. Je weiter wir uns vom Kriege entfernen, desto leichter wird es sein, mit einer verhältnismäßig geringen Machtanwendung krawallustige Volksmassen in Schach zu halten. Wir glauben daher nicht, daß aus der Verringerung eines Heeres auf 100 000 Mann für Deutschland so große Gefahren entstehen können, und es scheint, daß hier wieder der Einfluß der Militärs sich besonders verhängnisvoll geltend gemacht hat, die nicht rechtzeitig dafür zu haben waren, daß die notwendigen Maßnahmen zur Verringerung unseres Heeres erfolgten. Schwierigkeiten müssen natürlich daraus erwachsen, daß mit der Auflösung des Heeres viel Tausende beschäftigungslos werden, aber es muß dafür gesorgt werden, daß die Leute nach ihrer Entlassung aus dem Heere, soweit sie nicht Arbeit erhalten können, reichlich unterstützt werden. Wenn sie im Heere geblieben wären, so hätten sie ja auch vom Reiche unterhalten werden müssen. Warum sollte es da nicht möglich sein, ihnen nach ihrer Entlassung noch einige Monate ihre Bezüge weiter zu gewähren? Und wenn die Leute nicht geradezu vor ein Nichts gestellt werden, so dürfte nicht zu befürchten sein, daß sie mit Gewalt gegen ihre Entlassung Widerstand leisten.

Bedenklicher noch als die Bestimmung über die Heeresauflösung erscheint uns die Bedingung, daß auch die Sicherheitspolizei zu entwaffnen ist. Wie diese Bestimmung im einzelnen auszuführen ist, ist aus den bisher vorliegenden Meldungen nicht zu ersehen. Die Entente hatte in der der deutschen Regierung übermittelten Note ja schon eine Vermehrung der Ordnungspolizei zugestanden. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Ordnungspolizei zu verstärken und dadurch eine erhöhte Sicherheit für das deutsche Volk zu schaffen.

Daß dem deutschen Volk aus der Heeresverminderung große Gefahren erwachsen, ist auch deswegen sehr unwahrscheinlich, als offenbar in den letzten Monaten immer weitere Kreise eingesehen haben, daß mit gewaltsamen Aufständen dem deutschen Volke nicht aus seiner Not geholfen werden kann. Sogar im kommunistischen Lager scheint man immer mehr zu bemerken, daß mit der Putschtaktik nichts erreicht werden kann. Nur ein kleines Häuflein, die Leute von der K. A. P. D., leistet sich immer noch den Sport, mit dem Gedanken einer Politik der Gewalttaten zu spielen. Doch das deutsche Volk ist in seinen Massen viel zu vernünftig, als daß es nicht einsähe, daß wir vor allen Dingen Ruhe und gesetzliche Zustände brauchen, wenn wir wieder in die Höhe kommen wollen. Mögen die Leute von rechts, die am meisten über die Verminderung des Heeres jammern, dafür sorgen, daß wir von einer Neuauflage des Kapp-Putsches verschont bleiben, dann können wir hoffen, daß auch ohne eine starke bewaffnete Macht die Ordnung in Deutschland aufrecht erhalten werden kann.

Beratungen über die Kohlenfrage

Berlin, 10. Juli. Bei den gestrigen Beratungen der Delegation mit den Sachverständigen in Spa haben die Sachverständigen die Forderungen der Alliierten, so wie sie formuliert sind, als rundweg unannehmbar bezeichnet. Deutschlands Selbständigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete würde, so erklärten sie, damit aufhören. Was die Alliierten verlangen, ginge weit über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus.

Der stärkste Widerspruch richtet sich gegen die Einrichtung einer alliierten Kohlenkontrollkommission mit dem Sitz in Berlin, die die gesamte Verteilung der in Deutschland geförderten Kohlen zu übernehmen und zu kontrollieren habe. Schließlich wirft man die Frage auf: Bis wann sollen die Vollmachten dieser Kontrollkommission gehen? Was ist unter den Begriffen von Uebernahme und Beaufsichtigung zu verstehen? Wie weit reicht der Begriff der Priorität? Wenn durch einen Bergarbeiterstreik die Kohlenproduktion aufhört, gälte das Recht der Priorität auch für die aus früheren Förderungen vorhandenen Kohlen weiter? Wenn es nicht schon einmal geltend gemacht worden ist, dann könnte es geschehen, daß die Alliierten über deutsche Kohlen verfügten, während Deutschlands Kohlenversorgung völlig aufhört. Ebenso wie bei der Entwaffnungsbedingung wurden auch hier die Strafbestimmungen als unerträglich bezeichnet.

Im Palais des Reichspräsidenten trafen heute früh 9½ Uhr die in Berlin anwesenden Minister zu einer Kabinettssitzung zusammen. Man beschloß, wie in der Militär- so auch in der Kohlenfrage der Delegation in Spa die Entscheidung zu überlassen. Die Delegation in Spa ist heute vormittag um 9 Uhr wieder zusammengetreten, um über die Fassung der Antwort an die Alliierten endgültigen Beschluß zu fassen. Man darf annehmen, daß die Delegierten es ablehnen werden, die Bedingungen der Alliierten einfach zu unterzeichnen. Sie werden ihre Einwände vorbringen und Gegenvorschläge machen.

Stinnes zur Kohlenfrage

Eigene Drahtmeldung

Spa, 10. Juli. Hugo Stinnes wurde am Freitag, als er um 4½ Uhr eintraf, von einem Journalisten befragt. Zu der Frage der Steinkohlenlieferung antwortete er, er sei der Ansicht, daß das Abkommen, so wie es jetzt getroffen sei, die Intervention des Reichstags auslösen würde. Vor allem würden auch gewisse deutsche Arbeitsgesetze eine Aenderung erfahren müssen, namentlich bezüglich der Zahl der Arbeitsstunden usw.

Eine Reichstagskonferenz

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 10. Juli. Es ist eine Konferenz aller in Berlin anwesenden Reichstagsabgeordneten heute mittag in den Reichstag einberufen worden. Die Sitzung in Spa dauert noch an.

Fortbestand der Sicherheitswehr?

Berlin, 10. Juli. Wie die Germania zuverlässig erfährt, traf gestern in den Morgenstunden bei der Reichsregierung ein Telegramm aus Spa ein, wonach unter der Entwaffnung der Sicherheitspolizei keineswegs deren völlige Entwaffnung oder gar deren Auflösung zu verstehen sei, sondern vielmehr die Entziehung schwerer Waffen und die Entmilitarisierung. Danach würde also die Sicherheitswehr als reine Polizeitruppe fortbestehen können.

Kleine Zugeständnisse

Paris, 9. Juli. Nach einer Depesche des Echo de Paris aus Spa wurden Deutschland bezüglich der militärischen Klauseln im Versailler Vertrage folgende Zugeständnisse gemacht, die die Mitteilungen über die gestrigen Entscheidungen vervollständigen.

1. Nicht eingeschlossen in die 4000 deutschen Offiziere, die durch den Vertrag Deutschland zugestanden worden sind, sind die Kriegs- und Veterinäre, deren Zahl auf 300 bez. 200 festgesetzt wurde.

2. Nicht eingeschlossen sind ferner in die genannten 4000 Offiziere 735 Verwaltungsoffiziere.

3. Deutschland kann eine Reserve von 5000 Gewehren und 2 Millionen Patronen halten, um die Verluste auszugleichen, die seinem Kriegsvorrat durch etwaige innere Kämpfe entstehen.

4. Die endgültige Regelung der Zahl der Maschinengewehre, so daß alle Formationen in der Lage sind, sich zu verteidigen.

Deutschland hatte außerdem ein fünftes und sechstes Zugeständnis erlangt: für die Vermehrung der Waffen und Munition derart, daß alle Formationen mit Ergänzungen und Schulen mit Waffen versehen seien, um Angriffe zurückweisen zu können; ferner Wiederherstellung einer kurzen Militärdienstzeit mit der Garantie, daß man die Vergünstigung nicht mißbrauchen werde, um eine große Zahl Deutscher militärisch auszubilden. Diese letzten Forderungen sind nicht gewährt worden. Andererseits erhielt Deutschland das Recht, vorübergehend in der neutralen Zone zehn Bataillone, fünf Schwadronen und eine Batterie zu unterhalten.

Deutsche Vermögensinteressen in Frankreich

Dresden, 9. Juli. Für die Wahrnehmung der deutschen Vermögensinteressen in Frankreich hat die Reichsregierung eine Geschäftsstelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen in Paris, 146. Avenue Malakoff, eingerichtet. Durch diese Geschäftsstelle können Auskünfte über den Stand der Behandlung der in Frankreich zurückgebliebenen deutschen Werte eingeholt werden. Es können ferner Anträge gestellt werden: 1. Auf Zulassung zum Mitbieten bei Versteigerungen; 2. Auf Zurückgabe von Gegenständen folgender Art: Familienandenken, persönliche Gebrauchsgegenstände und Gegenstände von geringem Wert. Solche Anträge sind auf besonderen, von der Zweigstelle Leipzig des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen in Leipzig, Inselstraße 26, zu beziehenden Vordrucke zu stellen. Die ausgefüllten Vordrucke sind an die Zweigstelle einzusenden, die die Anträge sammelt und an die Geschäftsstelle in Paris weiterleitet.

Ueber die Kosten ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Grundsätzlich muß der Antragsteller sich verpflichten, für die durch Rückschaffung der Gegenstände entstehenden Kosten aufzukommen.

Im Journal offiziell veröffentlicht die französische Regierung die Namen derjenigen, deren Werte zur Versteigerung angesetzt sind. Diese Veröffentlichungen enthalten aber nur selten die Angaben des inländischen Wohnortes. Es empfiehlt sich deshalb, daß Inlandsdeutsche, die Werte in Frankreich zurückgelassen haben, sich mit einer besonderen Anfrage an die Geschäftsstelle in Paris wenden. Der Verband ist bereit, solche Anfragen zu übermitteln.

Proteststurm von rechts

Die Rechtspresse gefällt sich darin, angesichts der Vorgänge in Spa wieder einmal den Mund recht voll zu nehmen und so zu tun, als ob Deutschland nur den starken Mann zu spielen brauchte, um mit den Ententeleuten in Spa leicht fertig zu werden.

Der starke Mann in der Redaktion der Deutschen Tageszeitung, Herr Graf Reventlow, weist höhnend auf die Eile hin, die die Vertreter der Entente zu haben scheinen, und erklärt stolz:

„Deutschland hat keine Eile, und eine eilige Behandlung der deutschen Lebensfragen in Spa läuft dem deutschen Interesse durchaus zuwider. Wir nehmen bis auf weiteres als selbstverständlich an, daß die deutschen Regierungsvertreter sich dieser Tatsache klar bewußt sind und ihrer Bedeutung entsprechend handeln werden."

Unsrer Ansicht nach ist, wenn die Alliierten nun einmal auf eiliger Verhandlung bestehen, diese keiner Verhandlung weitaus vorzuziehen.

In dem Reigen der alldeutschen Protestler darf natürlich die Deutsche Zeitung nicht fehlen. Obwohl man noch nicht in eine Beratung der wirtschaftlichen Fragen eingetreten ist, ist für dieses Militaristenblatt bereits alles zerstört, bevor noch die Diskussion begonnen hat. Man könnte sich mit der Stellungnahme der Deutschen Zeitung, wenn man sich die Mühe gibt, sich in den Seelenzustand dieser Leute hineinzuversetzen, allenfalls abfinden, falls als Argument für die notwendige Beibehaltung von 200 000 Mann endlich einmal neben dem Bolschewismus auch etwas andres, zum Beispiel die soziale Seite der Angelegenheit ins Feld geführt würde. Das ist natürlich nicht der Fall, und mit starker Geste, die nur schlecht die tönende Phrase verhüllt, schreibt sie in völlig verantwortungsloser Weise:

„Wir erwarten, daß unsre Abgesandten in Spa das Vertrauen rechtfertigen werden, das man in sie setzt: Daß sie den französisch-englischen Vernichtungswahnsinn mit einem glatten „Nein" beantworten."

Daß dieses „Nein" uns vielleicht erst recht in den Bolschewismus — der dieses Mal nicht nur ein Schreckgespenst wäre — hineinstürzen würde, das will die Deutsche Zeitung nicht sehen. Hofft sie noch immer auf den „starken Mann", der uns als Militärdiktator dem Paradies Deutschland entgegenführen soll? Kapp und Lüttwitz, die doch der Deutschen Zeitung sehr nahe stehen, waren nur wenig erfreuliche Vorbilder hierfür.

Aus der schwerindustriellen Presse spricht der — allerdings bei unsrer Lage kaum begreifliche — Widerwille gegen eine Verständigung. Sie schreibt:

„Es wäre grundfalsch, ein Entgegenkommen der Alliierten, der Verständnis für unsre Lage in dem Vorschlag einer sechsmonatigen Frist zur Durchführung der Entwaffnung erblicken zu wollen. 200 000 Mann sind das Minimum zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung."

Allerdings mögen sie das sein, solange die Konservativen und die Verfassungsfeinde im Lande auf einen gewaltsamen Umsturz hinarbeiten. Darüber täuscht auch nicht folgender Ablenkungsversuch des reaktionären Blattes hinweg:

„Wie soll übrigens die aufgelöste Sicherheitswehr und in Auflösung befindliche Reichswehr die Entwaffnung der linksradikalen Arbeiterschaft durchführen? Hier befindet sich doch die große Mehrzahl der Gewehre, die Lloyd George soviel Kopfzerbrechen machen, da er behauptet, Deutschland bedrohe seine Nachbarn mit bolschewistischen Angriffen!

Wir selbst haben, so bemerkt hierzu der Vorwärts, niemals einen Zweifel daran gehegt, daß wir Gewehre [illegible] Waffenlager sind, wo immer sie sich befinden [illegible] und daß wir von der Arbeiterschaft die freiwillige Abgabe der Waffen erwarten. Gerade die Wa[illegible] in allerletzter Linie berechtigt, mit besonderem [illegible] die Forderung zu vertreten. Den Meinungsäußerungen [illegible] der Arbeiterschaft hierüber soll sie uns nur ruhig [illegible] und sich selbst einmal ein wenig die Stimmungen [illegible] und Mecklenburg ansehen — [illegible] nicht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200710/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG